№ 4037. Freitag, 18. Januar. (Abend=Ausgabe.) 1867.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse Nr. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmanns Buchhdlg.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 1½ Uhr Nachmittags.

London, 18. Jan. Die Schneeverwehungen verhinderten während 36 Stunden das Ausgeben der Posten vom Continent. Der Westindien-Dampfer „La Plata" verlor unterwegs 26 Passagiere am gelben Fieber.

Marseille, 18. Jan. Die preußische Panzerfregatte „Friedrich Carl" ist am Mittwoch bei Toulon vom Stapel gelaufen.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Florenz, 16. Jan. In der Deputirtenkammer legte Hr. Scialoja seinen Finanzbericht vor. In demselben werden die Motive und die Resultate der Nationalanleihe von 400 Millionen sowie der Verordnung, durch welche den Bankbilleten Zwangscours verliehen wurde, dargelegt, sodann wird eine Rechnung aufgestellt über die dem Lande durch den Krieg mit Oesterreich erwachsenen Kosten, die auf 357 Millionen geschätzt werden. Der am Schlusse des Jahres 1865 in den Staatskassen verbliebene Baarbestand von 364 Millionen habe ausgereicht zur Deckung der verschiedenen im Laufe des Jahres 1866 erwachsenen Verbindlichkeiten, worin die noch an Oesterreich nach dem Friedensvertrage zu zahlenden Summen einbegriffen seien. Dieser Baarbestand genüge auch zur Deckung des Defizits für 1867 einschließlich des auf Venetien entfallenden Antheils der von Oesterreich übernommenen Staatsschuld sowie des von Italien zu übernehmenden Theiles der päpstlichen Schuld. Der Ausgaben-Etat des Kriegsministeriums für daß J. 1867 sei um 140 Millionen ermäßigt worden, wonach das gesammte Defizit für das laufende Jahr 158 Millionen betragen werde. Am Schlusse seines Berichtes erneuert der Minister die formelle Erklärung, daß die Rente der Staatsschuld nicht herabgesetzt werden würde. Morgen wird Herr Scialoja der Kammer die Mittel und Wege auseinandersetzen, durch deren Anwendung er zu einem Gleichgewicht des Normal-Budgets zu kommen glaubt.

Kopenhagen, 17. Jan. Auf Seeland, Fünen, in Jütland und Schleswig ist der Eisenbahnbetrieb gehemmt; in Jütland wüthet ein Schneesturm von Nordnordost. In Langaa erreicht der lagernde Schnee die Telegraphendrähte, um Viborg beträgt seine Höhe 14 Fuß.

Petersburg, 17. Jan. Der Fürst von Mingrelien, Dadian, hat an den Kaiser von Rußland freiwillig für sich und seine Nachfolger seine Souveränetätsrechte gegen eine Million Rubel abgetreten.

Frankfurt a. M., 17. Jan. Bei Abgang der Depesche Amerikaner sehr lebhaft, ⁷⁄₁₀₀ comptant 76½, ⁷⁄₁₀₀ ultimo 76 Geld, Bayerische Prämienanleihe 102, österr. Creditactien 140½, 1860er Loose 63½. In österr. Effecten stilles Geschäft.

Wien, 17. Jan. Abendbörse. Matt. Creditactien 158, 70, Nordbahn 159, 00, 1860er Loose 84, 45, 1864er Loose 76, 15, Staatsbahn 205, 00, Galizier 219, 00, Czernowitzer 184, 25. Nach Schluß des Geschäfts gingen Creditactien noch bis 158, 20 herunter.

London, 17. Jan. Bankausweis. Notenumlauf 23,300,420 (Abnahme 13,390), Baarvorrath 19,280,845 (Abnahme 150,807), Notenreserve 9,972,225 (Abnahme 175,650) Pfd. St.

Paris, 17. Jan. Bankausweis. Vermehrt: Portefeuille um 39⅞, Vorschüsse auf Werthpapiere um 1⅞, Notenumlauf um 20⅞ Millionen Frcs. Vermindert: Baarvorrath um 2⅞, Guthaben des Schatzes um ¼, laufende Rechnungen der Privaten um 32 Millionen Francs.

Hamburg, 17. Jan. Nach einem Telegramm der „Börsen-Halle" aus Rio de Janeiro vom 23. Dec. v. J. betrugen die Gesammtabladungen an Kaffee 65,246 Sack. Davon gingen nach der Elbe und dem Canal 22,358, nach der Ostsee 8500, nach Nord-Amerika 13,000 Sack. Der Vorrath hat sich um 30,000 Sack vermehrt; Preise unverändert. Fracht ist zurückgegangen um reichlich 5 Schilling. Von Santos wurden abgeladen 9380 Sack.

London, 17. Jan. Aus Newyork vom 16. d. Abends wird gemeldet: Wechselcours auf London in Gold 109⅞, Goldagio 36, Bonds 107½, Illinois 121, Eriebahn 64¾, Baumwolle 35. Raffinirtes Petroleum 29½.

Die Radicalen setzen ihre Anstrengungen, den Präsidenten in Anklagestand zu versetzen, fort.

London, 17. Jan. Der Westindiendampfer „La Plata" hat die Needles heute Morgen 8 Uhr passirt.

Landtagsverhandlungen.

54. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 17. Januar.

Graf Bismarck theilt durch Zuschrift an das Präsidium mit, daß er verhindert ist, bei der Verhandlung über den Antrag des Abg. Paur, betr. die Ertheilung von Diäten an die preuß. Abgeordneten zum Norddeutschen Parlament, zu erscheinen. — Ref. Abg. Graf Bethusy-Huc beantragt das Gesetz zu verwerfen. Ref. Abg. Frhr. v. Hoverbeck das Gesetz zu genehmigen.

Ref. Abg. Gr. Bethusy-Huc: Ich bin mir bewußt, heute der Sachwalter einer unpopulären Sache zu sein und ich glaube auch Ihrerseits für meine Ausführungen eine geringe Hinneigung voraussetzen zu dürfen, da Sie mir spezifisch-politische Motive dabei zumuthen werden. Und ich bekenne mich zu diesen Motiven, ohne darin einen Vorwurf zu erkennen. Wir haben die Pflicht, die Interessen des Vaterlandes zu vertreten, wie Jeder sie versteht. Partei ist nichts Anderes, als der gemeinsame Ausdruck der Art, sie zu vertreten; wird sie Selbstzweck, so wird sie unberechtigt. In dieser Frage bin ich von spezifischen Parteiinteressen so weit entfernt, daß ich glaube, ich werde Ihnen zu fortschrittlich sein und für die einzig disputable Ansicht über meinen Antrag halte ich die, daß er verfrüht ist. Zuerst aber möchte ich die Frage anregen, ob der Antrag des Abg. Paur überhaupt noch zuläßig ist. In der Sitzung vom 17. Sept. haben wir einen ähnlichen Antrag des Abg. Schulze discutirt und denselben abgelehnt. Nach Art. 64 der Verfassung können aber Gesetzesvorschläge, die verworfen sind, in derselben Sitzungsperiode nicht wieder aufgenommen werden. Dieser Artikel steht also dem Antrage Paur entgegen. — Ich stelle daher den Prinzipalantrag, daß es dem Hrn. Präsidenten gefallen möge, erst eine Abstimmung darüber zu veranlassen, ob der Antrag Paur überhaupt noch zulässig sei oder nicht. Ich muß nun materiell die Frage beleuchten. Der Hr. Abg. Schulze führte damals als Motive an, daß ohne die Diäten das passive Wahlrecht für einen großen Theil der Staatsbürger wieder aufgehoben wäre, man gebe dann mit der einen Hand, um mit der anderen wieder zu nehmen. Die Zahlung der Diäten sei ein nothwendiges Correlat zur allgemeinen Wehrpflicht und er meint wohl, die Aufhebung der Diäten sei ein Privilegium des Vermögens zu Ungunsten der Intelligenz. Ich behaupte dagegen, der Wegfall der Diäten ist ein nothwendiges Correlat der allgemeinen Wahlfreiheit, der Wehrpflicht, der Zulassung von Beamten, er ist das Fundament und der Schlußstein des Selfgovernment; durch die Zahlung von Diäten würde ein Privileg für den Beamtenstand substituirt. Außerdem haben wir aber so viele intelligente und bemittelte Staatsbürger, daß mein Antrag gerechtfertigt ist. Heißt die Wahlfreiheit, das Gesetz soll für Jeden, der zur Annahme eines Mandats geneigt und befähigt ist, Hindernisse nicht schaffen? Oder heißt sie, das Gesetz soll alle Hindernisse der Art wegräumen, daß Jeder der vielen Millionen Bürger ein Mandat annehmen könne? Das wäre eine künstliche Interpretation des Wortes Freiheit. Soll der Staat einen Bürger, der geeignet und geneigt wäre ein Mandat anzunehmen, aber aus Gesundheitsrücksichten sich in diesem Hause nicht aufhalten könnte, etwa auch gesund machen? Oder soll er einen Eingriff in das Privatrecht machen, um die allgemeine Wahlfreiheit auszuführen? Die Mittellosigkeit aber ist auch ein in der Person begründeter Mangel an Befähigung, ein Mandat anzunehmen. Und ich glaube, daß mit Recht eine größere Wohlhabenheit, als zur Erlangung der Bildung und der Intelligenz genügt, den Anspruch hat, als ein politisches Schwermoment im Staat betrachtet zu werden. Findet sich aber neben dem Mangel an äußerer Befähigung bei einem Individuum ein eminenter Ueberfluß an innerer Befähigung, so ist dieser Mangel in keiner Weise irreparabel. Hr. Schulze hielt damals die Diätenzahlung an die Abgeordneten von Seiten der Wahlkreise unter allen Mitteln für das verwerflichste. Aber warum requirirt er denn hier die Staatshilfe zur Ausgleichung der Ungleichheit, warum appellirt er denn hier nicht an die Genossenschaft? Er sagt, die Dienste werden dem Staate geleistet. Gewiß! Aber indirect werden alle Dienste dem Staat geleistet. Jedes Paar neue Schuhe vermehrt das National-Vermögen, also das Staatsvermögen. (Heiterkeit.) Aber wo das Criterium der Befähigung zu Diensten von Andern, hier von der Wählerschaft gegeben wird, kann der Staat nicht eintreten. Ich kann auch in der Annahme einer Remuneration Seitens der Wähler Nichts finden, was der Würde der Abgeordneten Abbruch thut; ich halte es vielmehr für einen verstärkten Ausdruck des Vertrauens. Sie sprechen so oft von Selbstregierung und schrecken doch vor jedem ersten Schritt dazu zurück. Die Selbstregierung ist die Substituirung von Mitgliedern des Volks, welche ohne Bezahlung als Ehrenämter die Geschäfte verwalten, welche bisher bezahlte Beamte verwalteten; das hohe Ehrenamt eines Abgeordneten ist aber der höchste Ausdruck der Selbstregierung. Es liegt freilich ein Census in dem Wegfall der Diäten, aber ein relativer, negativer und passiver Census. Derselbe ist aber auch ein nothwendiges Correlat des Einkommensystems und der allgemeinen Wehr-

Die Cholera.

(Ein Vortrag des Hrn. Dr. Liévin.)

Nachstehender Vortrag, dem im Wesentlichen Dr. Lastkester's kleine Schrift über Cholera zum Grunde gelegt ist, macht selbstverständlich nicht den Anspruch, in wissenschaftlicher Beziehung irgend eine Bedeutung zu haben; sein ausschließlicher Zweck ist, die öffentliche Aufmerksamkeit auf eine Reihe von Uebelständen in unserer Stadt zu lenken, welche mit der Cholera in engster Beziehung stehen und dem ungewöhnlich heftigen und häufigen Auftreten der Krankheit in Danzig Vorschub leisten.

Der Name Cholera ist so alt, als die abendländische Medicin, man hat seit der Zeit der Griechen und Römer damit eine Krankheit bezeichnet, welche in den meisten Ländern Europas um die Herbstzeit aufzutreten pflegte, als wesentliche Erscheinungen Erbrechen und Durchfall zeigte, und in vereinzelten Fällen einen tödtlichen Verlauf nahm; den Charakter einer eigentlichen und zwar ansteckenden Epidemie hatte jedoch diese einheimische Cholera nie angenommen.

Anders war es mit der sogenannten asiatischen oder epidemischen Cholera, welche, als sie sich 1817 zu Ende Mai und Anfangs Juni in dem Gangesdelta von Ostindien entwickelte, sofort mit dem Charakter einer echten Epidemie auftrat. In den Jahren 1818 und 1819 hatte sie sich bereits über ganz Indien verbreitet, 1820 drang sie nach China vor, 1821 wüthete sie auf den Inseln des indischen Archipels. In diesem Jahre war sie auch bereits westwärts vorgeschritten, und zeigte sich am persischen Meerbusen, in Arabien und Syrien. 1823 überschritt sie über Tiflis und Orenburg ziehend, die europäische Grenze und erschien in Astrachan. Allein damit schien ihr Marsch sein Ende erreicht zu haben; in den nächsten Jahren war sie, scheinbar erloschen und man hörte nichts von ihr. Doch schon 1828 trat sie von Neuem in Orenburg auf, und drang nun unaufhaltsam gegen Westen vor. 1830 erreichte sie Moskau, 1831 im März Warschau, im Mai Danzig, im Octbr. die Ostküste von England. 1832 trat sie in London und Paris auf und setzte dann ihre Weltreise westwärts fort.

Nachdem sie dann für eine Reihe von Jahren verschwunden war, hörte man von einem neuen Ausbruch der Krankheit in Indien, von wo aus fast die nämliche Route einschlagend aber ungleich schneller vorschreitend die Krankheit wiederum 1847 nach Europa kam, und in Danzig und von Danzig westwärts in den Jahren 1848 und 1849 wüthete. Einen dritten Zug durch Europa machte sie in den Jahren 1852, 53, 54, erlosch aber in Danzig und einigen anderen Gegenden auch nicht in den folgenden 5 Jahren, so daß Danzig während des sechsten Jahrzehnts in den Jahren 1852, 53, 55, 56, 57 und 59 von der Krankheit heimgesucht wurde.

Den vierten Einfall in Europa trat die Cholera im Jahr 1864 an, dieses Mal jedoch auf einem anderen Wege. Im genannten Jahre erschien sie von Mecca aus, wohin sie durch indische Pilgrime gebracht zu sein scheint, in Egypten, erreichte von dort aus die europäischen Hafenstädte des Mittelmeeres, und drang nun nordwärts vor. Am auffallendsten ward dies Eindringen von Süden her in England beobachtet. In den früheren Epidemien hatte sich die Krankheit zuerst in den Seestädten der Ostküste, meist im Norden Englands gezeigt; diesmal erschien sie zuerst in Southampton, dorthin aus dem Mittelmeere gebracht, am 10. Juli 1865, und verbreitete sich schnell westwärts nach Weymouth, Portland und Dorchester. Auch wie sie von hier aus in das Innere von England, zunächst in die Nähe von London kam, konnte wenigstens theilweise beobachtet werden. Ein Farmer, welcher in der Nähe von Epping, etwa 4 deutsche Ml. NO. von London lebte, brachte im September 1865 einige Wochen in Weymouth zu. Auf der Rückreise wurde er von Durchfall befallen, erreichte jedoch am 26. Septbr. seine Heimath. Hier erkrankte seine Frau an der Cholera und starb am 11. Oct., bald darauf auch der Mann, und dann von den 11 Mitgliedern der Familie 8. Es ließ sich in diesem Falle feststellen, daß das gesammte Trinkwasser des Haushaltes aus einem Quell genommen wurde, in welchen die Flüssigkeiten der Cloakgrube einsickerten. Mann und Frau hatten sich offenbar die Krankheit in Weymouth zugezogen, durch ihre Entleerungen den Quell vergiftet, und so die Krankheit auf die anderen Mitglieder übertragen. Der Bericht, aus dem ich dies schöpfe, fügt hinzu, daß das Haus des Farmers und der gedachte Quell in den Bach Coffin abwässert, welcher seinerseits in das Flüßchen Lea fällt, das, durch den östlichen Theil von London ziehend, in die Themse sich ergießt. Es ist diese Bemerkung wichtig, weil im Jahre 1866, als die Cholera mit so großer Heftigkeit in London ausbrach, daß die wöchentlichen Todesfälle, welche in der Woche vom 1.—7. Juli 1292 betrugen, sich innerhalb drei Wochen, vom 21.—28. Juli auf 2600 steigerten, fast nur diejenigen Theile von London von der Cholera befallen wurden, die ihr Gebrauchswasser aus dem Flüßchen Lea erhalten, nämlich die östlichen Theile von London: Whitechapel, Bethnal Green, Bow und Poplar.

Nach diesen Mittheilungen aus der Geschichte der Cholera mag es Manchem auffallend erscheinen, daß überhaupt Meinungsunterschiede darüber entstehen konnten, ob dieselbe ansteckend sei oder nicht. Gleichwohl ist der Kampf der entgegenstehenden Meinungen nicht allein ein sehr heftiger gewesen, indem bald die eine bald die andere Partei das Feld allein behaupten zu wollen schien, sondern er ist auch jetzt noch nicht durchgekämpft. So wurde beispielsweise bei ihrem ersten Auftreten der Cholera in Preußen dieselbe von Staats wegen für ansteckend erklärt und ein ihren Fortschritt nicht hemmender, das Publikum aber mehr als die Krankheit selbst belästigender Krieg gegen sie geführt; später wurde ihre Contagiosität und zwar besonders von Aerzten in Abrede gestellt; heute ist die Meinung von der Uebertragbarkeit der Krankheit auf Gesunde bei der großen Mehrzahl der Aerzte, beider bei Weitem nicht in demselben Maße bei dem Laienpublikum außer Zweifel. — Zur Zeit ihres ersten Erscheinens in England war der Einfluß der Interessen des Freihandelssystems so mächtig, daß die Cholera als entschieden nicht contagiös betrachtet wurde, wie ja auch damals gegen die Quarantänemaßregeln bei Pest und gelbem Fieber geeifert wurde: heute hat sich in England nicht allein der ärztliche Stand, sondern auch der unendlich größeste Theil des Publikums von der Uebertragbarkeit der Krankheit überzeugt und dadurch die Energie gewonnen, zum Heile der Gesammtheit eben so großartige als wirkungsvolle Maßregeln gegen diese und ähnliche Krankheiten mit sehr bedeutenden Geldopfern zu ergreifen. Ueberall hat sich, gestützt auf unzählige Erfahrungen, die Ueberzeugung Geltung verschafft, daß die Cholera ihren Ursprung und ihre Verbreitung einem Gifte verdankt, welches von der Schleimhaut des Darmkanales abgesondert wird.

Es giebt eine Reihe von epidemisch auftretenden Krankheiten, deren Erscheinen als Epidemie abhängig ist von Einflüssen, die außerhalb des menschlichen Körpers sich entwickeln. So erzeugt z. B. das was insgemein Malaria genannt wird, d. h. eine feuchte mit den Producten faulender Pflanzenstoffe geschwängerte Luft, Wechselfieber; die Ausdünstungen eines frisch aufgebrochenen Urwaldbodens ein remittirendes Fieber; der Spätsommer mit sehr verschiedener Temperatur während des Tages und der Nacht Durchfälle und Ruhren; trockene, scharfe Winde, bei uns also vorzüglich östliche, Entzündungen der Athmungs-Organe, die als Catarrhe, Lungenentzündungen und Bräune gar nicht selten epidemisch erscheinen. Den nachtheiligen Einwirkungen solcher Einflüsse sich zu entziehen ist nur der Einzelne durch sehr große persönliche Vorsicht einigermaßen im Stande; allgemeine gesundheitspolizeiliche Maßregeln fruchten hier nichts. Anders ist es mit Epidemien, welche ihre Entstehung und Verbreitung einem Gifte verdanken, das im Körper selbst erzeugt wird, indem dieses Gift entweder fast nur unmittelbar, wie bei Syphilis, oder auch mittelbar, wie bei den Pocken, von dem Kranken auf den Gesunden übertragen wird. Hier sind die geeigneten sanitätspolizeilichen Maßregeln am Ort, hier finden die umfassenden Anstalten und Anordnungen der öffentlichen Gesundheitspflege ihre Anwendung; hier ist es gerechtfertigt, sowohl daß eine zwangsweise ärztliche Behandlung der erkrankten Individuen eintritt, weil diese allgemein-

pflicht. Denn bei letzterer besteht darin ein Census, daß dazu eine gewisse Bildung und ein gewisses Vermögen gehört. Ebenso ist er aber ein Correlat der Zulassung der Beamten überhaupt. In dem Conflict der letzten Jahre konnte ein großer Theil der Beamten allen centralistischen Bestrebungen des Ministeriums aus dem Lande heraus entgegentreten. Diese Aufgabe hat der preußische Beamtenstand mit Ehren erfüllt; wir werden sie ihm jetzt aber abnehmen; denn die Einheit der Staats-Idee wird dadurch verzehrt. Auch wird eine Landesvertretung, welche vorwiegend aus Beamten besteht, wahrlich nicht dazu dienen, ihre Freiheit zu vermehren. Die Zahlung von Diäten wird aber den Andrang von Beamten in die Landesvertretung sehr vermehren, ganz im Gegensatz zu Geschäftsleuten, für deren Opfer die Diäten gar kein Aequivalent sind. Die Beamten werden gern die Gelegenheit ergreifen, ihren alltäglichen Geschäften auf einige Zeit zu entgehen und einige Monate in Berlin zu leben. Ich will dem Stande durchaus nicht zu nahe treten; aber das ist menschlich. (Unruhe.) Außerdem wollen auch die Beamten viel eher etwas haben, um vorwärts zu kommen, als die Geschäftsleute, deswegen werden sie dann immer geneigt sein, ihre Amtsgeschäfte mit den Geschäften als Abgeordnete zu vertauschen. (Links Ruf: Oh! oh!) Sollte ich damit Jemanden beleidigt haben, so bitte ich herzlich um Verzeihung. (Heiterkeit.) Werden Diäten gezahlt, so kommt eine positive Verbesserung ihrer materiellen Stellung dazu. Ich glaube, daß bei dem großen Einfluß, den die Beamten in unsern städtischen und ländlichen Kreisen noch haben und haben müssen, wie ich zugestehe, und bei der Abgeneigtheit anderer Kategorien, die Opfer zu bringen, welche die Annahme eines Mandats kostet, die Folge die sein wird, daß über kurz oder lang die eine Kammer, die wir ja im Norddeutschen Bunde nur haben sollen, zum größten Theil aus Beamten bestehen wird. Dann würden wir statt der naturgemäßen unabhängigen Vertretung der Steuerzahler eine abhängige Beamtenkammer erhalten und dadurch würde sicher die Freiheit auf die Dauer gefährdet werden. Ich gebe für jetzt zu, daß wir die Beamten noch nicht ganz entbehren können; aber durch den Wegfall der Diäten würden die Beamten auch gar nicht absolut ausgeschlossen werden; es würden sich immer Herren finden, welche wegen ihrer Wohlhabenheit oder wegen der Nähe ihres Wohnsitzes bei oder in Berlin auch ohne Diäten ein Mandat annehmen und wo das Vertrauen einem unvermögenden Beamten geschenkt wird, kann der Wahlkreis eintreten. Endlich glaube ich, daß sich genug intelligente und wohlhabende Staatsbürger in Preußen finden lassen, um die Wähler nicht auf einen zu engen Kreis zu beschränken. Wenn es sich um die Abschaffung der Diäten für unsere zweite Kammer handelte, (Bewegung. Ruf: zweite Kammer?) — ja, m. H., das ist sie nun einmal, aber ich meine das Abgeordnetenhaus — dann wäre das etwas Anderes. Jetzt aber sollen wir, während wir bisher 600 Vertreter gehabt haben, auf demselben Flächenraum nur 192 Abgeordnete wählen und die werden sich unter den 19 Millionen Einwohnern aus allen Kategorien sehr leicht finden lassen.

Ref. Abg. Frhr. v. Hoverbeck bestreitet zunächst, daß dies Gesetz in dieser Session schon einmal zurückgewiesen sei. Es habe sich damals nur um ein Amendement zum Wahlgesetz gehandelt und es sei damals als einziger Grund gegen dasselbe angeführt, daß es nicht in das Wahlgesetz passe. Der Abg. Graf Schwerin hat damals sogar anerkannt, daß für jetzt eine Vertretung ohne Diäten in Preußen nicht gut bestehen könne; — (ich glaube übrigens, daß das in Preußen niemals der Fall sein wird!) Ohne die Gewährung von Diäten würden Manche, trotzdem sie das Vertrauen ihrer Wähler besitzen, die Wahl aus Mangel an Geldmitteln nicht annehmen können. Die Kosten für die Diätenzahlung würden sich auf ca. 60—100,000 Rthlr. belaufen; ich hoffe, daß unsere Staatskasse das ertragen kann, da sie ja sehr gut situirt zu sein scheint; wir haben ja kürzlich erst 1½ Millionen zu Dotationen bewilligt. (Rechts: Oh! oh!) Aber wie auch die Staatskasse gestellt sein mag, das Land an sich ist kein reiches; vor allen größeren Staaten ist es Preußen eigenthümlich, daß sein Volk vorzugsweise ein arbeitendes Volk ist in materieller oder geistiger Beziehung. Wenn nun nicht immer die redliche und talentvolle Arbeit auch von dem genügenden Erfolge gekrönt ist, so wollen wir hier nicht den Unterschied constatiren, daß nur der zum Vertreter soll gewählt werden können, der von seiner Arbeit schon Erfolg gehabt hat; das würde die ganze Färbung des Parlaments irritiren. Und wenn Sie die Diäten bewilligen, so ist das durchaus keine übertriebene Bezahlung für den dem Staate geleisteten Dienst; wir wissen sehr wohl, daß die Abgeordneten noch außerdem Opfer zu bringen haben. Aber der Weg zu dieser Vertretung muß Jedem offen stehen, der von dem Vertrauen seiner Mitbürger dazu erkoren wird, er mag arm oder reich sein. Glücklicherweise steht in Preußen den Armen noch zu allen Ehren und Aemtern der Weg offen, soll es doch sogar Minister ohne Vermögen geben; ich glaube deswegen, daß wir die Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß es auch arme Abgeordnete geben kann. Der Vorredner hat gesagt, die Partei des betr. Abgeordneten könne ja die Kosten tragen. Ich hoffe, daß das geschehen wird, wenn dies Gesetz nicht zu Stande kommt; aber eine Unwürdigkeit liegt darin, und zwar für den Staat, der seine Pflicht gegen die Arbeit des Abgeordneten so schlecht erfüllt, daß er es ihm nicht einmal ermöglicht, zu existiren. Aber diese Bedenken sind untergeordneter Art gegenüber den politischen Bedenken. Denn die Verweigerung der Diäten ist eine hoffentlich nicht beabsichtigte, aber doch thatsächliche Fälschung des allgemeinen Wahlrechts, dessen eigentlicher Kern der ist, daß einerseits Jeder zur Wahl gleich berechtigt ist und andererseits gerade der gewählt werden kann, der das Vertrauen seiner Mitbürger besitzt, er mag arm oder reich sein. Ohnehin hat jetzt das allgemeine Wahlrecht mit schweren Mißständen zu kämpfen; wir haben eine geknebelte Presse (Widerspruch rechts, Zustimmung links) und ein beschränktes Vereinsrecht! Hüten Sie sich auch noch ein Prinzip anzugreifen, das so wichtig ist, daß ohne dasselbe das freie allgemeine Wahlrecht in Wahrheit nicht bestehen kann! (Bravo!) Der Hr. Vorredner scheint zu glauben, weil die Handelsfreiheit in der Wegräumung von Hindernissen bestehe, bestehe alle Freiheit darin. Hier geht das Postulat der Freiheit darauf, daß das Volk jeden wählen kann, den es wählen will, auch den Armen. Die Regierung kann auch einen Kranken nicht wieder gesund machen; sie kann nicht einmal hindern, daß Gesunde hier krank werden! (Heiterkeit.) Aber sie muß einen ehrlichen Arbeiter für seine Arbeit entschädigen. Ich bin ganz der Ansicht des Vorredners, daß die Zahlung der Diäten durch die Wähler nicht unwürdig wäre. Aber die Regierung hat darüber eine andere Auffassung; sie hat mehrfach Untersuchungen eingeleitet, weil Einzelne gezwungen waren, von ihren Wählern Stellvertretungskosten anzunehmen. (Hört!) Auch ich glaube, daß in der Verweigerung der Diäten ein Census liegt; wenn aber der Herr Vorredner sagt, es läge auch in dem freiwilligen Militärdienst ein Census, so muß man consequent dann auch sagen, daß im Mittagessen ein Census liegt, da der Mann, der essen will, sich erst die Mittel dazu erwerben muß. Der Zweck des Hrn. Vorredners ist aber namentlich der, die Beamten auszuschließen, da dieselben leicht verführt werden könnten, eine solche Stellung zu ihrem Vorwärtskommen auszubeuten. Ein solcher Vorwurf wird wohl wenige Beamte treffen und ich hoffe wenigstens, daß die Beamten in den Reihen der Opposition dazu keine Gelegenheit gegeben haben. (Heiterkeit.) Aber auch Nichtbeamte können sehr leicht „Streber" sein und es giebt für Jeden gewisse Vortheile, welche er durch seine Abstimmungen und seine ganze Haltung erreichen kann. Diese Frage liegt aber hier gar nicht vor; denn es können zum Parlamente Beamte gewählt werden, selbst ohne einen Urlaub nachzusuchen. Wenn uns der Herr Vorredner schließlich auf die latenten Kräfte des Herrenhauses verwiesen hat (Heiterkeit) und gesagt hat, wir würden in diesen sehr wohlbegüterten Herren immer die Vertretung finden, die auch ohne Bezahlung ihre Pflicht thun würden, so fürchte ich, daß dem Volke diese Vertretung nicht als die angemessenste erscheinen möchte. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem der Vorantrag des Abg. Grafen Bethusy-Huc: die Abstimmung über diesen Antrag für unzulässig zu erklären, mit sehr großer Majorität abgelehnt ist, erhält das Wort Dr. v. Flottwell (gegen den Antrag). Das Hauptmotiv des Abg. v. Hoverbeck — sagt er — ist, daß die Gleichberechtigung Aller, zu Abgeordneten gewählt zu werden, die Diätenbewilligung erfordere. Ich glaube, man braucht durchaus nicht einer aristokratischen Gesinnung beschuldigt zu werden, um der Ansicht zu sein, daß in der That eine große Anzahl der Wähler nicht in der Lage ist, Abgeordnete zu werden. Zur Vertretung des Landes gehört eine politische Bildung, die sich nur durch eine gewisse Summe von Mitteln erreichen läßt. (Redner bedauert alsdann, daß der Vorredner wiederum die Dotationen erwähnt, welche zum Theil recht eigentlich den parlamentarischen Verdiensten der Betreffenden gegolten hätte; er würde solche bei jedem Andern gern dotiren, für die parlamentarischen Größen der letzten Jahre würde er allerdings keinen Thaler dotiren. Das Hauptmotiv gegen die Diäten sei für ihn der Ausschluß der Beamten. Der Beamte war früher der Hauptträger der Intelligenz. Durch die Theilnahme der besitzenden Klassen an den Aufgaben des Staates sei die Thätigkeit der Beamten wesentlich weniger nöthig.) Der Beamte — fährt Redner fort — will entweder durch seine Thätigkeit in der Kammer sich Gunst bei der Regierung erwerben, oder er kommt in die traurige Lage, oppositionell in der Kammer und zugleich ministeriell im Amt zu sein. Daß selbst die Bildung des Beamten eine derartige ist, daß ihm dadurch eine präjudizielle Stellung zu gewissen Fragen gegeben wird, das ist ja der Grund davon, daß Sie hier auf dieser Seite so viele Landräthe und auf jener wieder so viele Kreisrichter sehen. Denn ein Jeder trägt die Gewohnheit der politischen Auffassung in sich. Gerade Autoritäten Ihrer Partei haben sich stets gegen Diäten erklärt. Ich will zwar nicht so weit gehen wie Stuart Mill, welcher sagt, daß mit der Bewilligung von Diäten der Sitz im Hause das Ziel von Abenteurern niedrigsten Ranges werden würde. Aber das ist doch wahr, daß wenigstens die Möglichkeit eines solchen Verdachtes eintreten kann. Daß ferner Beamte zur Erledigung von Fachfragen unentbehrlich seien, wird Niemand im Ernste behaupten. Wer hindert Sie denn, den Beamten der Ministerien selbst das gleiche Vertrauen zu schenken, was Sie zu den in Ihrer Mitte sitzenden Beamten haben, die doch höchstens die halbe Autorität besitzen als die Beamten der Regierung selber? Aber wäre diese Unentbehrlichkeit dennoch wahr, dann würde ich mit der ganzen politischen Vertretung brechen. Das Volk wäre ein politisch unreifes. Sollte je ein Volk so weit kommen, so ist dasselbe einer politischen Vertretung nicht mehr werth. Wir wissen ja recht gut, daß Sie keine Schwärmer für das allgemeine Wahlrecht sind. Namentlich war es mir interessant zu erfahren, wie sich Hr. Schulze-Delitzsch zu dem Abg. Schulze in Bezug hierauf stellen würde. Denn Hr. Schulze-Delitzsch hatte im Handwerkerverein eine Rede gegen das allgemeine Wahlrecht gehalten. (Abg. Schulze ringt in komischer Verzweiflung die Hände. Redner bemerkt diese Geberde.) Ich habe das in der „Kreuzzeitung" gelesen (Heiterkeit) — und diese hatte es aus der „National-Zeitung" abgedruckt. Also Hr. Schulze-Delitzsch hat die Arbeiter gegen das allgemeine Wahlrecht gewissermaßen aufgewiegelt, indem er ihnen rieth, sie sollten dies Lassalle'sche Geschenk nicht annehmen. Allerdings der Abgeordnete Schulze hat hier für dasselbe gestimmt.

Abg. Dr. Löwe: Mich würden die Ausführungen, die ich eben gegen den Beamtenstand gehört habe, aus keinem Munde mehr überrascht haben, als gerade aus dem Munde des Hrn. Vorredners. Wenn man einen Namen trägt, der lediglich durch die guten, durch die treuen und ehrlichen Dienste, die er als Beamter seinen Lande geleistet hat, einer der Träger des preußischen Ruhmes mit geworden ist, wenn man diesem Namen die ganze Stellung verdankt, in der man jetzt ist: dann, glaube ich, hätte man über die Verdienste und über die Ehren, die dem preußischen Beamten aus der ganzen Geschichte unseres Staatslebens zukommen, anders urtheilen sollen, als es Hr. v. Flottwell gethan hat. Gerade der preußische Beamtenstand hat das Verdienst, diesen Staat gerettet und erhalten zu haben. Wenn Sie heute von der preußischen Führung in Deutschland, von der Neugestaltung Deutschlands sprechen, und Sie wollen die Beamten von der daran mitwirkenden Arbeit ausschließen, weil sie nicht genug Vermögen haben, so fragen Sie sich doch erst: wer hat denn die Vorarbeiten gemacht, deren Früchte jetzt genossen werden sollen? Von welchem Kreise aus sind diese Arbeiten Jahre lang betrieben worden, Jahre lang unter Druck und Verfolgung jeder Art? Von der sich in die Höhe arbeitenden, aus der Armuth und den kleinen Verhältnissen hervorgehenden Intelligenz unseres Volkes! Die ist es gewesen, die die deutsche Idee immer getragen hat. Sind es die Mitglieder des Herrenhauses gewesen, frage ich den Herren Grafen Bethusy-Huc, die die deutsche Nationalität, den Beruf Preußens vor Allem hergestellt haben? Sind nicht diese Klassen der Gesellschaft vielmehr es gewesen, an denen dieser Beruf gerade immer gescheitert ist? Man hat uns früher davor gewarnt, die Diätenfrage mit dem Wahlgesetz zu verbinden, weil an dem Widerspruche der Kleinstaaten das ganze Wahlgesetz scheitern könnte. Jetzt hat man aber gerade in den Kleinstaaten Diäten bewilligt, und ich sehe keinen Grund, weßhalb wir nicht dasselbe thun sollen. Dem Grafen Bethusy-Huc ist in seiner wohl durchdachten philosophischen Auseinandersetzung der Irrthum passirt, daß er Staat und Gesellschaft als ganz gleichbedeutend betrachtet hat. Schon der unglückliche Vergleich von dem Paar Stiefel, die das Staatsvermögen vermehren sollen, zeigt, daß er Staatsvermögen und Gesellschaftsvermögen verwechselt hat. Auch der versuchte Nachweis, daß wir hier vollständig eine Beamtenkammer bekommen würden, geht auf denselben Irrthum hinaus. Man wird zugeben, daß die Beamten in der Kammer immer mehr werden entbehrt werden können; aber jetzt eben noch nicht. Ich bedaure es lebhaft, daß man hier über die Beamten, die jetzt doch ins Parlament kommen werden, in solcher Weise geurtheilt hat. Man wundere sich nicht, wenn diese Versammlung im Interesse des Staates nicht so mächtig ist, als sie mächtig sein könnte. Es ist ein gefährlicher Punkt, den der Hr. Graf Bethusy-Huc berührt hat, indem er auf den Census hinwies und zugleich in Bezug auf die Beamten sagte, sie folgten der allgemein menschlichen Natur, sie sorgten für ihre Interessen. Wenn Sie einen Census aufstellen, der bloß für den Reichthum gelten soll, glauben Sie denn nicht, daß die Consequenz, die die Wähler ziehen werden, die ist, daß sie sagen: „Die Herren sorgen nur für die reichen Leute, sie denken nicht an die, die sie vertreten sollen." Ich habe schon neulich eine Andeutung über diesen Punkt gemacht, wenn die Vertretung lediglich auf die reichen Leute fallen kann, so werden diese die Lasten von sich abwerfen auf diejenigen, die keine Vertreter haben können. Wissen Sie denn nicht, daß die größte Furcht der kleinen Staaten der Gedanke ist, daß ihnen jetzt eine Masse Lasten aufgebürdet würden, die sie zu tragen außer Stande seien? Wollen Sie, daß die Armen sagen sollen: in Preußen gilt nur der Reichthum, der arme Mann kann nicht zu Worte kommen, diese Verbindung mit Preußen wird zum Fluche des Pauperismus? Hüten Sie sich doch am allermeisten, solche Discussionen zu veranlassen. Es ist ferner eine Unwürdigkeit, seine Arbeit bezahlt zu bekommen? Dafür führen Sie das Herrenhaus an. Aber soll es in diesem Hause auch einmal heißen, wie der Minister Graf Eulenburg in der anderen Kammer gesagt hat, man könnte nicht rechtzeitig Vorlagen machen, weil das Haus nicht complett wäre? Hängt das vielleicht mit der Diätenfrage zusammen? Sind sie vielleicht darum nicht hinreichend da, weil sie eben für ihre Arbeit — ich weiß nicht, was sie werth ist — nicht bezahlt bekommen? Aber gerade für die neuen Provinzen handelt es sich jetzt um die Frage, daß das Herrenhaus eine gewisse Vertretung aus gewissen sehr wohlhabenden und wohlsituirten Kreisen haben will, und die Regierung selbst sagt ihnen: Ach, kommt uns doch jetzt nicht mit Leuten, die wir jetzt nicht gebrauchen können, gerade in den reichen, in den adlichen Kreisen, auf die wir sonst hingeführt haben, gerade da sitzen ja die Feinde Preußens, wollt Ihr denn den Skandal mit Protestationen u. dgl., die die Ueberführung in das neue Staatsleben verkümmern? Glauben Sie aber, daß Sie, wenn Sie die Diäten verweigern, auf Kreise kommen werden, die preußisch gesinnt sind? Nein, gerade die arme Intelligenz, die Schulmeister, die Advokaten, die Aerzte, die sind die Mitglieder des Nationalvereins gewesen. Wenn Sie die Listen haben wollen, Sie können sie bei mir bekommen. Da können Sie sich über die Parteien unterrichten, auf die Sie allein zählen können, die allein die Idee des großen Vaterlandes, die Herstellung des Staates deutscher Nation höher stellen, als Hofjuwelier und Hoffourier sie haben können. Suchen Sie die Leute, die Ihnen ehrlich und eifrig am neuen Staatswesen mitarbeiten helfen wollen, und weisen Sie die zurück, die nur auf den Moment warten, um als Empörer gegen den neuen Staat aufzutreten, die mit Fremden conspiriren, um den Fluch des Vaterlandes, den Fluch des Bürgerkrieges in unser Vaterland hineinzutragen. Ich danke Ihnen für das Parlament, das aus solchen Kreisen hervorgeht. Bedenken Sie, wie wir vor Allem eine literarische Nation gewesen sind, ehe wir zu einer staatlichen Organisation kommen konnten, wie so langsam die nationale Idee erst von der Höhe der Intelligenz, nicht von der Höhe der Throne und der Aristokratie herabgestiegen ist in die unteren Klassen. Sündigen Sie doch nicht gegen den größten Segen, den wir in unserer Nation haben, dagegen, daß es bei uns den Armen so leicht wird, zu einer höheren Bildung

---

gefährlich sind, als auch daß zwangsweise diejenigen Einrichtungen beseitigt werden, welche die Verbreitung der Krankheit befördern, und daß selbst mit sehr großen Opfern der Gesammheit diejenigen Einrichtungen ins Leben gerufen werden, welche die Krankheit zu beschränken, ihr engere Grenzen zu ziehen geeignet sind. Wir werden später sehen, daß die Cholera den letztgenannten Krankheiten zugezählt werden muß.

Die Erscheinungen der Cholera sind allgemein so bekannt, daß es wohl kaum erforderlich ist, dieselben genauer herzuzählen. Die Dauer eines Anfalles währt von einigen Stunden bis zu einigen, höchstens vielleicht fünf Tagen. Bei dieser Zeitangabe ist jedoch das fieberhafte Stadium der Reaction, welches in der That gewissermaßen den Beginn der Genesung bezeichnet, nicht mitgezählt. Man kann oft in dem Verlauf der Krankheit zwei Stadien unterscheiden, von denen das erste die Vorläufer umfaßt, das zweite das Stadium des Zusammensinkens des Kranken ist. In dem ersten Stadium sind die Erscheinungen die einer gewöhnlichen Diarrhöe, mit oder ohne Leibschmerz. Es ist in der That nicht möglich, die gewöhnliche Diarrhöe von derjenigen, welche zuweilen als Vorläuferin von Cholera erscheint, zu unterscheiden. Daher ist der auch unter Aerzten sehr verbreitete Irrthum erklärlich und verzeihlich, als könne jemals eine gewöhnliche Diarrhöe in Cholera übergehen. Daher ist es zur Zeit der Cholera aber auch unumgänglich nöthig, jedem Falle von Diarrhoe besondere Sorgfalt zuzuwenden, da gerade in diesem ersten Stadium die Heilkunst sich vielleicht am ersten hilfreich erweist. Dies Vorläuferstadium ist häufig sehr schnell vorübergehend, sehr oft fehlt es ganz, und das Stadium des Zusammensinkens tritt sofort mit Erbrechen und Laxiren ein. Die Ausleerungen sehen wie Reiswasser aus, sind geruchlos und enthalten eiweißähnliche Flocken. Krämpfe in den Waden treten ein; der Puls wird klein, bis zur Unfühlbarkeit; die Haut kalt, meist sehr feucht; die Elasticität der Haut verliert sich, so daß eine aufgehobne Falte sich nur langsam ausglättet. Zunge und Athem werden kalt, der Durst wird sehr groß; der Kranke klagt über Hitze, ist sehr unruhig, erschöpft und matt. Die Augen sinken tief in den Kopf zurück, der Augapfel ist nach oben gerollt, so daß die Regenbogenhaut zum größten Theil unter dem oberen Augenlid verborgen ist; die Stimme ist rauh und heiser. Während der ganzen Krankheit stockt die Urinabsonderung. Das Bewußtsein bleibt meistens frei. Endlich ist der Puls ganz verschwunden, die Haut wird blau; der Kranke stirbt erschöpft, oder es tritt nach und nach ein im glücklichen Falle zu einer sehr langsamen Genesung führendes Stadium der Reaction ein. (Forts. f.)

und Intelligenz ich sich empor zu arbeiten. Wie oft habe ich deutschen Landsleuten aus diesen Klassen, die im Auslande ihr Vaterland verächtlich behandelten, zugerufen: Wenn Ihr in England oder Frankreich geboren wäret, so liefet ihr jetzt in Holzschuhen und blauen Kitteln umher, statt daß Ihr mitten in das Geistesleben der Welt eingetreten seid. Gerade bei uns leben viele Leute von harter Arbeit und haben doch die Befähigung zu Abgeordneten. Und für die Unterbrechung ihrer Tagesarbeit sollen sie entschädigt werden. Legen Sie im andern Falle doch einen Census auf den Besuch von Gymnasien und Universitäten, dann handeln Sie consequent! Sollte es uns nicht gelingen, diesen Punkt durchzusetzen, so ist allerdings nicht zu verzweifeln, denn die Opferfreudigkeit ist gerade in unsern intelligenten aber armen Klassen so groß, daß sich die Mittel immer finden werden. Ob Sie aber nicht gerade dadurch die revolutionäre Idee neu beleben, ob Sie dadurch nicht zu dem Versuche führen, die Gleichberechtigung mit Gewalt zu erzwingen, das kann ich Ihnen nicht verbürgen. Wir haben geglaubt, daß dadurch, daß die Regierung für die Erfüllung des höchsten nationalen Wunsches mit Energie eingetreten ist, die revolutionäre Bewegung für Deutschland abgeschnitten sei, daß wir einer regelmäßigen Entwickelung zum deutschen Nationalstaat entgegenschreiten könnten. Es sind schon manche Schritte hinter den Coulissen geschehen, die uns bedenklich machen können, daß dies Ziel noch auf regelmäßigem Wege erreicht werde. Einer dieser Schritte ist die Verweigerung der Diäten, das sage ich Ihnen! (Lebh. Bravo!)

Reg.-Commissar v. **Keudell**: Die Staatsregierung kann sich dem vorliegenden Antrage nicht anschließen. Sie ist nach wie vor der Ansicht, daß die Lösung der Frage der Gesammtheit der Bundesregierungen in Gemeinschaft mit dem Reichstage gebührt. Es erscheint nicht entsprechend der Rücksichtnahme auf die anderen Bundesregierungen dieser Lösung zu präjudiciren durch einen legislativen Act des mächtigsten der Bundesstaaten. Nach der bisherigen Lage der Verhandlungen sind die Bundesregierungen ermächtigt, einen Reichstag ohne Diäten zu erwarten. Träte die beantragte Aenderung ein, so wäre es sehr fraglich, ob die Geneigtheit der übrigen Bundesregierungen dieselbe bleiben würde wie jetzt. Ich befinde mich hiernach nicht in der Lage in materieller Beziehung auf die Discussion des vorliegenden Antrages einzugehen. (Bewegung links.)

Abg. **Wagener**. Zunächst halte ich es für meine Pflicht, auszusprechen, daß ich mit meiner Meinung über das Prinzip der Diätenfrage sachlich noch nicht zum Abschluß gelangt bin. Ich stimme heute aber dagegen, weil ich das Haus nicht für competent halte, darüber zu entscheiden. Der Hr. Regierungs-Commissar hat die Gründe schon hervorgehoben. Dazu kommt aber noch für mich die Finanzfrage. Wir haben keinen Fonds, aus dem wir solche Diäten in Preußen zahlen sollten. Die Beamtenfrage lasse ich zunächst ganz bei Seite, weil ich es nicht für gut halte, uns gegenseitige Insinuationen zu machen, sondern für besser, es offen anzuerkennen, daß in Preußen alle Stände gleichmäßig an der Größe des Vaterlandes gearbeitet, dem Beamtenstande freilich ein nicht geringer Theil an diesem Ruhme gebührt. Der Gegensatz der Intelligenz zur preußischen Aristokratie, den der Abg. Löwe hervorgehoben hat, scheint mir doch ziemlich hinfällig zu sein, wenn man bedenkt, daß der Mann, der den größten und erfolgreichsten Schritt zur deutschen Einheit gethan hat, kein deutscher Professor, sondern ein märkischer Edelmann gewesen ist. (Beifall rechts.) Die Diätenfrage ist durchaus keine Frage, bei der sich Liberalismus und Reaction entgegenstehen; einer der bekanntesten englischen Radikalen, Stuart Mill, hat sich z. B. in sehr entschiedener Weise dagegen ausgesprochen, indem er ausführt, daß die Diäten keine andere Wirkung haben, als daß sie ein Volksschmarotzerthum hervorgerufen und jede Vertretung korrumpiren und vergiften. Von den Gründen, welche für die Diätenbewilligung vorgebracht werden, scheint mir allerdings der einige Beachtung zu verdienen, daß man den arbeitenden Klassen, deren Selbstbewußtsein man soeben durch die Ertheilung des allgemeinen Stimmrechts gestärkt hat, auch in die Lage bringt, daß sie nicht ganz unbeachtet im Staate bleiben, sondern sich durch Genossen, die ihre Interessen genau kennen, vertreten lassen können. Wie gesagt, behalte ich mir jedoch mein sachliches Votum mit einer eingehenden Begründung auf die Stelle vor, wo die Frage definitiv zur Entscheidung kommen wird. (Beifall rechts.)

Abg. **Twesten**: Wenn der Abg. Wagener es für wünschenswerth hält, daß auch die arbeitenden Klassen im Parlament vertreten seien, so müßte er schon jetzt für Diäten votiren; denn gerade die arbeitenden Klassen werden von der Wahlfähigkeit ausgeschlossen, wenn keine Diäten gezahlt werden. Die Verweigerung der Diäten ist die Einführung eines Census, der die arbeitenden Klassen benachtheiligt. Ich bin nun allerdings gegen jeden Census bei Ausübung der staatsbürgerlichen und Menschenrechte; möchte aber doch noch lieber einen Census für Ausübung des activen, als des passiven Wahlrechts; denn dieser ist viel ungerechter und hat viel nachtheiligere Folgen. Einen wie großen Einfluß auf die Gesetzgebung ein solcher Census hat, sehen wir am deutlichsten am Beispiele Englands, wo die Gesetzgebung in Folge davon, daß dieselbe lediglich in den Händen der besitzenden Klassen war, außerordentlich rücksichtslos gegen die ärmeren Klassen, gegen die arbeitenden Klassen ist, und erst in neuerer Zeit sich nach und nach davon frei zu machen sucht. In England war die Vertretung des Volkes lange Zeit eine Vertretung der hochadeligen Klassen, Männer von Talent konnte man dabei sehr suchen; da man solche aber für nützlich hielt, suchten sie die hochadeligen Klassen aus den übrigen Klassen und bezahlte sie, dies hat man in England nie für unanständig gehalten. Dies könnten wir vielleicht auch; wir könnten ja auch von der Partei Männer bezahlen lassen. Ich halte dies aber nicht für wünschenswerth und nicht für nützlich, denn es führt eine Schädigung der Freiheit und Selbstständigkeit der Mitglieder des Parlaments herbei. Es führt sie in eine gewisse Abhängigkeit von ihrer Partei und ihren Wählern, die ich vermieden wissen möchte. Deßhalb müssen wir Diäten zahlen. Denn wir haben nicht Männer genug, die die nöthige politische Bildung, die Gewöhnung an öffentliche Geschäfte besitzen und gleichzeitig wohlhabend genug sind, um als Volksvertreter aus eigener Tasche leben zu können. Wir können auch die Beamten im Parlamente nicht entbehren. Sehen Sie sich doch einmal unsere Verhältnisse an. Die meisten größeren Arbeiten in der Volksvertretung werden von Männern gemacht, die entweder noch Beamte sind oder aus der Beamten-Carrière hervorgegangen sind. Es ist dies für mich durchaus keine Parteifrage, sondern ich sollte meinen, daß die conservative Partei ebenso viel Interesse an einer richtigen Entscheidung dieser Frage hätte, als wir.

Abg. **Schulze** (Delitzsch): Das vorliegende Gesetz verlangt nur, daß den in Preußen gewählten Abgeordneten Diäten gezahlt werden. Das haben Oldenburg, Weimar 2c. auch bereits gethan und wir werden wohl ebenso berechtigt dazu sein. Der Abg. v. Flottwell wirft uns vor, daß wir mit Zaghaftigkeit an das allgemeine Wahlrecht gegangen wären. Woraus er das schließt, weiß ich nicht. Aber hat er vergessen, von wem das Reichswahlgesetz von 1849 herrührt? Etwa von seinen Parteigenossen? Wahrhaftig nicht, sondern von den Unsrigen. Das Haupterforderniß des allgemeinen Wahlrechts ist, daß man wählen kann, wen man will. Dem Abg. Grafen Bethusy-Huc antworte ich gerade von meinem wirthschaftlichen Standpunkt, auf den er verwiesen, daß gerade der Hauptgrundsatz heißt: „Leistung gegen Leistung" und dieser bedingt Diäten; allerdings müßten die Diäten, wenn man die wirklichen Leistungen der Abgeordneten bezahlen wollte, wohl höher bemessen werden; man giebt ihnen aber wenigstens die Möglichkeit dadurch, ihre Arbeitsthätigkeit zu entwickeln. Die Regierung scheint übrigens eine wunderbare Stufenleiter für die Diätenfrage für maßgebend zu halten: Die Abg. der Provinziallandtage erhalten 4 Thlr., die Mitglieder des Abgeordnetenhauses 3 Thlr. und die Mitglieder des norddeutschen Parlaments sollen nun gar nichts bekommen, je wichtiger also die Verhandlungen und je schwieriger die Arbeiten sind, um so weniger wird gezahlt. Wohin führt das schließlich? Zu einer Notablenversammlung, aber nicht zu einem Parlament, das die Bedürfnisse der Nation zu befriedigen im Stande ist. Sagen Sie doch lieber geradezu: „Sie wollen einen Census;" sagen Sie aber doch nicht, daß Sie das allgemeine gleiche directe Wahlrecht wollen, denn so klug sind die Leute im Lande doch schon, daß sie Alle fühlen, was Sie mit der Zahlung der Diäten verweigern. Der Hr. Abg. Flottwell hätte sich alle seine Worte über mich ersparen können, wenn er sich etwas besser orientirt hätte. Was ich in hundert Versammlungen gesprochen, ist bekannt, und Hr. v. F. hätte es leicht gehabt, darüber etwas zu erfahren. Der Vortrag, den Hr. v. F. meint, ist gedruckt, und es ist ein Exemplar davon in der Bibliothek des Hauses. Da heißt es nun auf S. 97 u. A.: „Hoffet und harret nicht auf den Staat; der kann Euch nicht helfen. Was Ihr vom Staat verlangen könnt, ist: 1) Gleichheit vor dem Gesetz und das allgemeine gleiche directe Wahlrecht." (Hört! Hört!) Ich habe dies also schon damals als ausdrückliche Forderung aufgestellt; und ich hielt das schon damals als die beste Garantie der besitzenden Klassen gegen die soziale Gleichmacherei, die für alle Staats-Angehörigen gleichmäßig verderblich sein würde. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. **Flottwell**: Obwohl ich die Thätigkeit des Abg. Schulze außerhalb des Parlaments höher schätze als die innerhalb des Hauses, so muß ich doch eingestehen, daß ich nicht alle seine Reden, die er außerhalb hält, bei mir führe. Ich höre nun, daß ein vollständiges Exemplar seiner Reden in der Bibliothek des Hauses vorhanden ist und bitte mir Zeit zu lassen, es durchzulesen. Einstweilen bleibe ich bei meiner Behauptung, daß er gegen das allgemeine Wahlrecht gesprochen hat. Gegen den Abg. Löwe bemerke ich, daß ich, obwohl ich Niemand das Recht einräume, hier zu fragen, wem ich meine Stellung verdanke, stolz bin auf den Namen, den ich führe und der mit dem Beamtenthume im innigsten Zusammenhange steht. Nichts lag mir, der ich mit Fleisch und Blut Beamter bin, ferner, als meinen eigenen Stand herabzusetzen. Ich habe nur gesagt, daß die Intelligenz des Volkes jetzt mit der des Beamtenstandes konkurrire.

Abg. **Schulze**: Der Hr. Abg. v. Flottwell wird in seinem eigenen Interesse wohlthun, dies Thema hier nicht weiter zu verfolgen. Ich erkläre, daß die Mittheilung, die mich gegen das allgemeine Wahlrecht sprechen läßt, für absolut unwahr. Ich habe mich jederzeit und an jedem Ort offen für dasselbe ausgesprochen, aber allerdings gleichzeitig gesagt, daß man mit dem allg. Wahlrecht allein die soziale Frage nicht löst, daß sie als eine Kulturfrage durch politische Mittel überhaupt nicht zu lösen, daß aber das allgemeine Wahlrecht das nothwendige Requisit, die Vorbedingung zur Lösung der sozialen Frage ist, um die dazu erforderlichen moralischen Kräfte zu stärken und zu entwickeln. Hat der Hr. Abgeordnete in der „Kreuz-Zeitung" etwas Anderes gelesen —, nun, m. H., die „Kreuz-Zeitung" ist für Berichte über meine Reden gerade kein Evangelium. Will er sie vollständig lesen, so thut er wohl daran: er kann noch viel von mir lernen. (Heiterkeit.)

Darauf wird der Antrag des Abg. Dr. Paur in namentlicher Abstimmung mit 178 gegen 106 Stimmen angenommen. (Dafür die Fortschrittspartei, die nationale Fraction, das linke Centrum, die Polen, Katholiken und einige Conservative, wie Graf zu Dohna, Holzapfel, Jacobi, v. Waugelin, Strotzer, von den Altliberalen Graf Schwerin, Heym 2c. Dagegen die Conservativen, von den Altliberalen beide Vinckes.)

(Schluß folgt.)

---

* Im Herrenhause brachte der Minister des Innern gestern einen Gesetzentwurf ein, betr. die Aufhebung des Einzugsgeldes.

Berlin, 17. Jan. (Wes.-Ztg.) Die Wiederaufnahme der Conferenz-Sitzungen unter Leitung des Hrn. v. Bismarck wird in den nächsten Tagen erwartet, da dem baldigen Abschlusse des Unionsvertrages keine wesentlichen Hindernisse mehr entgegenstehen. In der Militairfrage soll eine Einigung auf Grund eines Provisoriums erfolgt sein.

Danzig, 18. Januar.

* Von Hrn. Rittergutsbesitzer **Meyer-Rottmannsdorf** geht uns folgende Erklärung zu: „In Nr. 4029 der „Danz. Ztg." läßt Hr. Oberamtmann Hagen-Sobbowitz anzeigen, daß er den in Nr. 4024 dieser Zeitung abgedruckten auf die Parlamentswahlen bezüglichen Aufruf weder unterschrieben noch dazu Auftrag ertheilt habe. Da ich nun im Auftrage der Betheiligten die Unterschriften dieses Aufrufes zusammengestellt und der Druckerei übergeben habe, so erkläre ich hiemit, daß ich den Namen des Hrn. Oberamtmann Hagen ohne seine Unterschrift deshalb aufgenommen habe, weil ich bei einer mündlichen Besprechung dieser Angelegenheit ausdrücklich von ihm dazu autorisirt zu sein glaubte. Diese Ueberzeugung habe ich heute noch. Da aber bei der qu. Besprechung keine Zeugen zugegen waren und ich deshalb meine Behauptung bei dem Widerspruch des Hrn. Oberamtmann Hagen nicht beweisen kann, so habe ich veranlaßt, daß dieser Name bei einer künftigen Bekanntmachung des Aufrufes nicht mehr genannt werden wird.

Meyer-Rottmannsdorf."

* Im Gewerbeverein hielt gestern Hr. Dr. Liévin einen Vortrag über die Cholera, (s. d. Feuilleton), an welchen sich eine lebhafte Discussion über das Canalisirungs- und Wasserleitungs-Project anschloß. (Näheres morgen.) Die Beschlußfassung über einen Antrag auf Absendung einer Petition an den Magistrat wurde vertagt.

* [**Traject über die Weichsel.**] Bei Terespol-Culm theils per Kahn, theils zu Fuß über die Eisdecke bei Tag und Nacht; bei Warlubien-Graudenz zu Fuß über die Eisdecke nur bei Tage; bei Czerwinsk-Marienwerder über die Eisdecke bei Tag und Nacht, theils mit leichtem Fuhrwerk.

Börsendepesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 18 Januar. Aufgegeben 2 Uhr 11 Min.
Angekommen in Danzig 3 Uhr 30 Min.

		Letzter Crs.			Letzter Crs.
Roggen gewichen,			Ostpr. 3½% Pfandbr.	79¼	79¼
loco	57½	58	Westpr. 3½% do.	76¾	76¾
Januar	56¼	57	do. 4% do.	—	85¼
Frühjahr	55	56⅛	Lombarden	103½	103⅞
Rüböl Januar	11 21/24	11 21/24	Oestr. National-Anl.	52¾	52¾
Spiritus do.	16 11/12	17 1/24	Ruff. Banknoten	82½	81⅞
5% Pr. Anleihe	104	103⅞	Danzig. Priv.-B.-Act.	109	108¾
4½% do.	99½	99½	6% Amerikaner	76⅛	76⅝
Staatsschuldsch.	85	85	Wechselcours London	—	6.21⅞

Fondsbörse: Fonds fest.

Hamburg, 17. Jan. Getreidemarkt unverändert, fest aber sehr ruhig. Weizen pr. Jan.-Febr. 5400 Pfund netto 154 Bancothaler Br., 153 Gd., pr. Frühj. 152 Br. und Gd. Roggen pr. Jan.-Febr. 5000 Pfund Brutto 92 Br., 90 Gd., pr. Frühj. 90 Br. und Gd. Oel geschäftslos, loco 25¾, pr. Mai 26⅝, pr. Oct. 27. Kaffee und Zink ohne Umsatz. — Kalt.

Amsterdam, 17. Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Getreidemarkt geschäftslos. Roggen auf Termine etwas flauer.

London, 17. Jan. Consols 90¾. 1% Spanier 31⅛. Sardinier —. Italienische 5% Rente 53⅛. Lombarden 15½. Mexikaner 17⅞. 5% Russen 87½. Neue Russen 86½. Silber 60⅞. Türk. Anleihe 1865 29. 6% Ver.-St. pr. 1882 72⅝. Schönes Wetter.

Der Dampfer „Estremadura" ist aus Rio de Janeiro in Lissabon eingetroffen. Der Westindien-Dampfer „La Plata" brachte 1,293,000 Dollars an Contanten.

Liverpool, 17. Jan. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 12,000 Ballen Umsatz. Unverändert. Middling Amerikanische 14¾, middling Orleans 15⅛, fair Dhollerah 12¼, good middling fair Dhollerah 11¾, middling Dhollerah 11¼, Bengal 8½, good fair Bengal 9¼, Domra 12¼.

Paris, 17. Jan. Schlußcourse. 3% Rente 69, 32½. Italienische 5% Rente 54, 50. 3% Spanier —. 1% Spanier —. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Aktien 386, 25. Credit-Mobilier-Aktien 485,00. Lombardische Eisenbahn-Actien 383,75. Oesterreichische Anleihe de 1865 308,75 pr. cpt. 6% Ver.-St. pr. 1882 82⅛. — Die Speculanten waren beunruhigt. Die 3%, die zu 69, 45 begonnen, wich schließlich auf Notiz. Consols von Mittags 1 Uhr waren 90⅞ gemeldet.

Paris, 17. Jan. Rüböl pr. Jan. 102, 00, pr. Febr. 102, 50, pr. Mai-Aug. 103, 50. Mehl pr. Jan. 82, 00, pr. März-April 84, 00. Spiritus pr. Jan. 66, 50.

Antwerpen, 17. Jan. Petroleum, raff. Type, weiß, fest, 50½ Frcs. pr. 100 Ko.

Petersburg, 17. Jan. Wechselcours auf London 3 Mon. 32¼ d, auf Hamburg 3 Mon. 28 13/16 Sch., auf Amsterdam 3 Mon. 159, auf Paris 3 Mon. 337 Cts. 1864er Prämien-Anleihe 107. 1866er Prämien-Anleihe 105¾. Imperials 6 Rbl. 15—18 Kop. Gelber Lichttalg pr. Aug. (mit Handgeld) 50¼.

Danzig, den 18. Januar. **Bahnpreise.**

Weizen mehr oder weniger ausgewachsen, bunt und hellbunt 120/23 — 125/27 — 128/129 ℔. von 78/85/90 — 92/95 — 96/97½ Sgr.; gesund, gut bunt und hellbunt 126/28 — 129/30 — 131/132 ℔. von 98/100 — 102/104 — 105/107 Sgr. pr. 85 ℔.

Roggen 120—122—124—126 ℔ von 58½ — 59½ — 60½ — 61½ Sgr. pr. 81⅚ ℔.

Erbsen 58/60—62/64 Sgr. pr. 90 ℔.

Gerste, kleine 98/100—103/4—105/6—108 ℔ von 46/47—48/50—51/52—53½ Sgr., große 105/108—110/112—115 ℔. von 51/52 — 53/54 — 55 Sgr.

Hafer 29/30/31 Sgr.

Spiritus nichts gehandelt.

Getreide-Börse. Wetter: Frost bei klarer Luft. Wind: S. — Weizen ruhig, Kauflust geringer, Auswahl schwach. Umsatz 200 Lasten. Preise ziemlich unverändert, für Mittelgattungen gedrückt. Bezahlt für blauspitzig 124 ℔ fl. 525, fl. 537½; roth 122 ℔ fl. 540; Sommer 128/9 ℔ fl. 595; bunt 123, 124/5 ℔ fl. 575, fl. 585, 126/7 ℔ fl. 590, 128 ℔ fl. 600; hellbunt 120, 124/5, 125/6, 127/8 ℔ fl. 590, fl. 610, fl. 615, fl. 620; hochbunt glasig 127, 129 ℔ fl. 630, pr. 5100 ℔. — Roggen fest, 120 ℔. fl. 351, fl. 352½, 123 ℔ fl. 357, pr. 4910 ℔. Umsatz 10 Last. — Kleine 104 ℔ Gerste fl. 300, große 110 ℔ fl. 318, pr. 4320 ℔. — Schöne Wicken fl. 360, pr. 5400 ℔. — Spiritus flau und billiger geboten.

Stettin, 17. Jan. Weizen loco pr. 85 ℔. gelber 80—89½ Rt., weißer 83 — 91 Rt., 83/85 ℔ gelber pr. Frühj. 88¼, ¾, ½ Rt. bez. u. Br. — Roggen pr. 2000 ℔ loco 55 — 57 Rt. bez., Frühj. 55½, ¾ Rt. bez. — Gerste loco pr. 70 ℔ Pomm. u. Märk. 49 — 51½ Rt., Frühj. 69/70 ℔ Schles. 51 Rt. bez. u. Br., kleine Vorp. Frühj. 48 Rt. bez. — Hafer loco pr. 50 ℔ 29 — 30½ Rt., 47/50 ℔. pr. Frühj. 32 Rt. Br., 31½ Rt. Gd. — Erbsen loco Futter- 54 — 56 Rt., Koch- 57—60 Rt., Frühj. Futter- 58 Rt. Br., 57 Rt. Gd. — Rüböl loco 12 Rt. Br., April-Mai 12⅙ Rt. Br., 12 Rt. Gd. — Spiritus loco ohne Faß 16½ Rt. bez., Frühj. 17, 17 1/12 Rt. bez. u. Gd. — Hering, gr. Berger 7 Rt. tr. bez., 7¼ Rt. gef. — Petroleum 7 5/12, 8 Rt. bez. — Talg, 2da gelb Lichten- 15½ Rt. bez. — Leinsamen, Pernauer 13¼ Rt. bez.

Berlin, 17. Jan. Weizen pr. 2100 ℔ loco 70—89 Rt. nach Qual., gelb. märk. 86 Rt., weißbunt. poln. 83 Rt. bez., pr. 2000 ℔ Jan. 82 Rt. nom., Frühj. 82¾ — ⅞ — 83 Rt. verk. u. Gd., ¼ Rt. Br. — Roggen loco pr. 2000 ℔ gering 53¾ Rt. bez., 57¼ -½—¾—58 Rt. bez., fein 58½ Rt. bez., Frühj. 56¼ — 56 — ¼ Rt. verk. — Gerste loco pr. 1750 ℔ 45—52 Rt. nach Qual. — Hafer loco pr. 1200 ℔ 26—29½ Rt. nach Qual. — Erbsen pr. 2250 ℔ Kochwaare 53 — 66 Rt. nach Qual., Futterwaare do. — Rüböl loco pr. 100 ℔ ohne Faß 12¼ Rt. bez. — Leinöl loco 13 7/12 Rt. — Spiritus pr. 8000 % loco ohne Faß 17 1/12 — ⅙ Rt. bez. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 5⅝ — ⅛ Rt., Nr. 0. u. 1. 5⅛ — 5 Rt., Roggenmehl Nr. 0. 4⅓ — 4¼ Rt., Nr. 0. u. 1. 4⅙ — 3 11/12 Rt. bez. pr. Ctr. unversteuert.

Schiffs-Nachrichten.

* Laut Telegramm von gestern ist das hiesige Schiff „Vertrauen", Capt. Boldt, von hier nach Bordeaux im dortigen Revier ohne Schaden angekommen.

Verantwortlicher Redacteur: H. Rickert in Danzig.

Berliner Fondsbörse vom 17. Januar.

Eisenbahn-Actien.

Dividende pro 1865.		Zf.	
Aachen-Düsseldorf	4 7/20	3½	— —
Aachen-Mastricht	—	4	35 bz
Amsterdam-Rotterd.	7¼	4	103½ bz
Bergisch-Märk. A.	9	4	151 B
Berlin-Anhalt	13	4	214¾ bz
Berlin-Hamburg	9½	4	156½ bz
Berlin-Potsd.-Magdbrg.	16	4	211 bz
Berlin-Stettin	8	4	136 bz
Böhm. Westbahn	—	5	59¼ bz
Bresl.-Schw.-Freib.	9	4	141¼ B
Brieg-Neiße	5⅛	4	103 bz
Cöln-Minden	17⅞	4	144 B
Cosel-Oderbahn (Wilhb.)	2¼	4	54 bz
do. Stamm-Pr.	—	4½	75½ bz
do. do.	—	5	83 G
Ludwigsh.-Bexbach	10	4	147 G
Magdeburg-Halberstadt	15	4	193 bz
Magdeburg-Leipzig	20	4	259 B
Mainz-Ludwigshafen	8	4	127¾ bz
Mecklenburger	3	4	79 bz
Niederschl.-Märk.	—	4	91⅜ B
Niederschl. Zweigbahn	3½	4	88⅜ bz

Dividende pro 1865.		Zf.	
Nord., Friedr.-Wilhm.	4	4	81-80½ bz
Oberschl. Litt. A. u. C.	11¾	3½	176½ bz
„ Litt. B.	11¾	3½	155 bz
Oester.-Frz.-Staatsb.	5	5	104 bz
Oppeln-Tarnowitz	3½	5	74½ bz
Rheinische	7	4	114⅜ bz
do. St.-Prior.	7	4	— —
Rhein-Nahebahn	0	4	32⅜ bz
Russ. Eisenbahnen	—	5	78⅜ bz
Stargard-Posen	4½	4½	95 bz
Oester. Südbahn	7⅛	5	103¼ bz
Thüringer	8½	4	133 et bz u B

Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1865.		Zf.	
Preuß. Bank-Antheile	10⅛	4½	147 bz
Berlin. Kassen-Verein	8½	4	154 G
Pom. R. Privatbank	5⅜	4	90¾ B
Danzig	7 3/10	4	108¼ G
Königsberg	6½	4	111 bz
Posen	6½	4	100 B
Magdeburg	5½	4	92½ G
Disc.-Comm.-Antheil	6½	4	103-½ bz
Berliner Handels-Gesell.	8	4	106 bz
Oesterreich	4½	5	60½ bz

Preußische Fonds.

Freiwillige Anl.	4½	99½ bz
Staatsanl. 1859	5	103¾ bz
Staatsanl. 50/52	4	89¾ bz
54, 55, 57	4½	99⅞ bz
do. 1859	4½	99⅞ bz
do. 1856	4½	99⅞ bz
do. 1853	4	89¾ G
Staats-Schuldsch.	3½	85 bz
Staats-Pr.-Anl.	3½	121 bz
Kur- u. N. Schld.	3½	81¾ bz
Berl. Stadt-Obl.	5	104⅛ bz
do. do.	4½	99¾ G
Börsenh.-Anl.	5	101¾ bz
Kur- u. N. Pfdbr.	3½	79¼ bz
do. neue	4	89⅛ bz
Ostpreuß. Pfdbr.	3½	79¼ B
do. „	4	86 bz
Pommersche „	3½	78⅞ bz
do. „	4	89¼ bz
Posensche „	4	— —
do. neue	3½	— —
do. do.	4	88½ bz
Schlesische „	3½	87½ B
Westpreuß. Pfdbr.	3½	76¾ bz
do. „	4	85¼ bz
do. neue „	4	84⅞ G
do. do.	4½	93⅞ G

Kur- u. N.-Rentenbr.	4	90⅞ B
Pommer. Rentenbr.	4	90⅞ G
Posensche „	4	89½ bz
Preußische „	4	90½ G
Schlesische „	4	92⅛ bz

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	44½ bz
do. Nat.-Anl.	5	52¾ et bz
do. 1854r Loose	4	56 bz
do. Creditloose	—	64¾ bz
do. 1860r Loose	4	64 bz u B
do. 1864r Loose	—	38¼ G
Insk. b. Stg. 5 A.	5	62 B
do. do. 6 Anl.	5	82¼ G
Russ.-engl. Anl.	5	85¼ G
do. do.	3	52½ et bz
do. do. 1864	5	87½ B
do. do. 1862	5	85⅜ bz
do. do. 1864 holl.	5	87½ G
Russ.-Pln. Sch.-O.	4	62 bz u B
Cert. L. A. 300 Fl.	5	91½ bz
Pfdbr. n. in S.-R.	4	61¼ bz u B
Part.-Obl. 500 Fl.	4	91¼ bz
Amerikaner	6	76¾-⅝ bz
Hamb. St. Pr.-A.	—	— —
N. Badens. 35 Fl.	—	29½ B
[illegible] 10 Thlr.-L.	—	— —

Wechsel-Cours vom 17. Jan.

Amsterdam kurz	4½	143½ bz
do. 2 Mon.	4½	142⅛ bz
Hamburg kurz	3	151½ bz
do. 2 Mon.	3	150⅛ bz
London 3 Mon.	3½	6 21⅞ bz
Paris 2 Mon.	3	80½ bz
Wien Oester. W. 8 T.	5	76¼ bz
do. do. 2 M.	5	75⅜ bz
Augsburg 2 M.	4½	56 22 bz
Leipzig 8 Tage	4½	99¾ G
do. 2 Mon.	4½	99⅛ G
Frankfurt a. M. 2 M.	3½	56 24 bz
Petersburg 3 Woch.	7	89⅜ bz
do. 3 M.	7	87⅛ bz
Warschau 8 Tage	6	81¼ bz
Bremen 8 Tage	3½	110⅛ bz

Gold- und Papiergeld.

Fr.B.m.R. 99⅜ G	Napol. 5 11¾ G
„ ohne R. 99⅜ bz	Louisd'r. 111 G
Oest.östr.W. 76⅜ bz	Sovrgs. 6 22½ bz
Poln. Bkn. — —	Goldkron. 9 7½ G
Russ. do. 81⅞ bz	Gold ℔ 463 G
Dollars 1 11½ G	Silber 29 28 bz

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.